

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2, XXII/213

Bad Godesberg, den 7. November 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
2	<u>Nicht mehr im Hinterhof</u>	95

Neue Konzepte in der kulturellen Zusammenarbeit mit dem Ausland
Zur ersten Tagung des Kulturpolitischen Beirats im Auswärtigen Amt

Von Georg Kehn-Ackermann, MdB

3	<u>"Protokoll"</u>	21
---	--------------------	----

Kleinliches von einer Weltmacht

3	<u>Weltraumstrategie der Supermächte</u>	22
---	--	----

Das Demoklesschwert im Weltraum

4	<u> Eskalation der Unruhe in Spanien</u>	48
---	--	----

Arbeiter und Studenten in einer Front

Von H. Deml, Madrid

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Nommer: "Vertreibung ein historisches Verbrechen.
Teilung Deutschlands nicht besiegeln
Gesamtdeutschen Sportverkehr fördern
Niedersachsen an erster Stelle
Finanzen des Ausgleichsfonds günstig
Hessisches Zonenrandgebiet wird gefördert
Schlesische Bäder sehr beliebt
Gegenseitigkeit bei Kontakten mit Osteuropa.
135.000 deutsche Touristen in Bulgarien
Wieder Verfolgung und Einkerkelung

* * *

Nicht mehr im Hinterhof

Neue Konzepte in der kulturellen Zusammenarbeit mit dem Ausland

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Der erste deutsche Außenminister, der die Bedeutung kultureller Beziehungen in der Außenpolitik des 20. Jahrhunderts begriff, hieß Gustav Stresemann. Der erste deutsche Außenminister, der um ein zeitgemäßes Konzept unserer kulturellen Beziehungen zur Umwelt ernsthaft bemüht ist, heißt Willy Brandt. Das ist das Fazit, das sich aus der ersten Tagung des neu berufenen kulturpolitischen Beirats beim Auswärtigen Amt ziehen läßt. Die zeitweilige Gegenwart aller drei Außenamtsschreftäre und die nahezu permanente Anwesenheit des Außenministers als Diskussionspartner machten sinnfällig, daß die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes nicht mehr Hinterhof sein soll.

Die Frage, ob man für die Aufgabe wie in Frankreich und England wieder mehr Außenseiter heranziehen sollte - der FAZ-Herausgeber Karl Korn hatte sie als erster gestellt und die Fachgremien des Bundestages treten seit langem dafür ein - konnte wie vieles nicht zu Ende diskutiert werden. Aber Außenminister Brandt, ohne solche Möglichkeiten auszuschließen, bekannte sich zum Leitbild vielfältig einsetzbarer Diplomaten.

Der größte Gewinn der Tagung war das eindeutige Bekenntnis, daß die Pflege der deutschen Sprache innerhalb unserer auswärtigen Kulturarbeit den ersten Platz einnehmen wird. Damit ist ein jahrelanges Philosophieren über Zielvorstellungen und Schwerpunkte in der deutschen Kulturarbeit draußen in der Welt durch eine Einsicht abgelöst worden, für die die Fachgremien des Parlaments seit zwei Jahren plädiert haben. Daß es im Auswärtigen Amt ab 1969 ein Referat "Deutsche Sprache" als Stab für die Logistik der zur Zeit noch zahlreichen Hilfsinstitutionen für die Pflege und Verbreitung der deutschen Sprache geben wird, kann Außenminister Brandt nicht hoch genug angerechnet werden.

Das Deutsche, über zwei Jahrhunderte hinweg eine Wissenschaftssprache von Weltgeltung, muß internationales Kommunikationsmedium bleiben. Viel zu lange ist dieser zentrale Aspekt unserer auswärtigen Kulturpolitik nicht in seiner ganzen Bedeutung gesehen worden. Jetzt wird es der Mitarbeit nicht nur des eigens für die Entwicklung moderner deutscher Sprachvermittlung begründeten Instituten in Mannheim, sondern der Mitarbeit der deutschen Universitäten und der an ihnen lehrenden Germanisten ganz allgemein bedürfen, um die inzwischen erkannten Probleme der Förderung deutscher Sprachpflege in der Welt zu lösen.

Dabei gilt es auch, das durch einen gewissen intellektuellen Hochmut in Deutschland genährte Vorurteil abzubauen, daß Deutsch im Vergleich zu anderen eine besonders schwierige Sprache sei.

Da der in den Bildungssystemen anderer Staaten integrierte Deutschunterricht als Fremdsprache immer noch rückläufige Tendenzen aufweist, trotz des unleugbar wachsenden Interesses für Deutsch nicht nur in Europa, sondern auch in Übersee, ist inzwischen klar geworden, daß der Hauptakzent langsam auf die Ausbildung ausländischer Deutschlehrer gesetzt werden muß. Nicht so sehr auf die Errichtung neuer deutscher Bildungsstätten im Ausland, soweit diese nicht im Rahmen unserer Bemühungen um Bildungshilfe in der Dritten Welt entstehen.

Von den Diskussionen um die Bedeutung der deutschen Sprache abgesehen, wurde klar, daß das alte Leitmotiv der "Selbstdarstellung" in der auswärtigen Kulturarbeit nicht mehr bestimmend sein kann. Sowohl in Europa als auch in Übersee sollte der Tenor, wie Außenminister Brandt bei der Zusammenfassung der Diskussion sagte, auf der Darstellung des deutschen Beitrags zur europäischen Kultur und unseres Beitrags zur Weltkultur liegen, mit anderen Worten: In seiner Einbettung in die Kulturgeschichte der Menschheit dargestellt werden. Damit wurde auch die Bedeutung unterstrichen, die man im AA der Arbeit der internationalen oder europäischen Institutionen künftig beimessen will, die heute für die Beurteilung des Interesses einzelner Nationen an einer auf der Frieden und die Verständigung ausgerichteten internationalen Kulturarbeit eine große Rolle spielen.

Daß wir personell in vielen dieser Organisationen nicht ausreichend vertreten sind, weiß man seit Jahren, daß dieser Mangel aber nur beseitigt werden kann, wenn Bund und Länderverwaltungen mehrjährige Dienstleistungen ihrer Beamten in internationalen Organisationen besonders honorieren, anstatt ihr mit Interessenlosigkeit und oft sogar mit mangelnder Förderung beruflichen Fortkommens zu begegnen, ebenfalls. Hier bleibt für die Bundesregierung noch ein besonderes Feld der Initiative.

Gewiß läßt sich über Konzepte streiten, aber die Tagung des Beirats ließ doch klar werden, daß die Arbeit der Kulturabteilung des AA vor allem in der Planung und Vorausschau sehr viel gründlicher auf wissenschaftliche Grundlagen angelegt werden muß, als dies bisher der Fall war. Der Kölner Soziologe Professor Scheuch wies dabei mit Recht darauf hin, daß der bisherigen Kulturarbeit außer der Tatsache, daß der deutsche Sprachraum seit zwei Jahrhunderten gesellschaftspolitischen Konzepte und der sie begleitenden wissenschaftlichen Disziplinen gewesen sei, viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden sei. Die Heraushebung gerade dieser Rolle Deutschlands und der deutschen Sprachgebiete in Europa sei geeignet, die traditionelle Bedeutung Deutschlands in der modernen Kulturgeschichte besser zu unterstreichen und den vor der Gebrochenheit des deutschen Geschichtsbildes und des historischen Selbstverständnisses der Deutschen abgeleiteten Schwierigkeiten zu begegnen.

Der im Beirat gepflogene Gedankenaustausch hat in erfreulicher Weise deutliche gemacht, daß das große Interesse Außenminister Brandts für die Kulturarbeit sich nicht nur in administrativen Fortschritten ausdrücken wird, sondern auch in einer neuen Kooperationsbereitschaft des Amtes gegenüber zeitgemäßen Konzepten internationaler kultureller Zusammenarbeit. Freilich sollte dieser gute Wille auch so bald wie möglich zu konkreten Ergebnissen führen, wobei nicht übersehen werden kann, daß die finanzielle Marge und die im Interesse einer erfolgreichen Außenpolitik ins Auge gefaßten Wachstumsraten des Kulturretats des Auswärtigen Amtes bis 1971 unzulänglich ausgelegt sind.

"Protokoll"

Kleinliches von einer Weltmacht

sp - Die Sowjets feiern in diesen Tagen das 50-jährige Jubiläum ihrer Revolution. Vor 50 Jahren wurde in zehn Tagen das Antlitz der Welt verändert. Nicht verändert wurde dagegen das Protokoll; offenbar auch nicht die Menschen, die das Protokoll machen. - Man weiß seit langen, daß die Sowjets sehr darauf bedacht sind, in jeder Situation das "richtige" Protokoll anzuwenden. Da wird sogar aufgepaßt, wer an wievielter Stelle einen Blumenstrauß an einem Denkmal niederlegt. Niemand darf aus der Reihe tanzen und niemand darf in die Reihe hineintanzen. Ob Präsident des Bundesrates oder Regierender Bürgermeister von Berlin - das Protokoll muß herhalten, um auch im Bereich unserer Welt die vor 50 Jahren stattgefundene Revolution in das richtige Licht zu rücken; in das Licht von Moskau aus gesehen natürlich. - Aber was soll's ? Trotz Ein- und Ausladung bleibt Klaus Schütz Präsident des Bundesrates und Regierender Bürgermeister von Berlin. Das Protokoll bleibt auch, und damit ist eigentlich alles gesagt.

Schade nur, daß die große und mächtige Sowjetunion sich trotz ihrer gewaltigen Leistungen, auf die sie stolz sein kann, gerade jetzt nicht anders darzustellen vermag; als durch die rigorose Anwendung des Protokolls. Schade, wir hatten gedacht, über diese Kleinigkeiten sei man in Moskau längst hinaus.

+ + +

Weltraumstrategie

Das Damoklesschwert im Weltraum

sp - Was Techniker und Militärexperten schon lange, aber meist nur hinter vorgehaltener Hand tuschelten, ist jetzt zur Gewißheit geworden: Die Sowjetunion und die USA bereiten jetzt militärische Raumflüge vor. Auch der Dale wird sich darunter etwas vorstellen können. Moskau und Washington schicken mit A- oder H-Waffen bestückte Satelliten in den Weltraum, die jederzeit an eine x-beliebige Stelle auf unserer alten Welt "landen" können. Mit den Ziellandungen nichtmilitärischer Raumflugkörper hat man bereits "gute Erfahrungen" gemacht. Beide Weltmächte behaupten, sie könnten ihre Satelliten ohne große Schwierigkeiten ziemlich genau an einem vorher bestimmten Punkt auf der Erde "landen" lassen. Bei einigen der bisherigen Experimente dieser Art ist es gelungen, bemannte Kapseln in nur 30 bis 80 Meter Entfernung von dem vorher berechneten Landungspunkt aufzusetzen. Was das im Falle einer H-Bombenlandung bedeuten würde, kann sich jeder selbst ausrechnen ...

Das ist der eine Aspekt dieser wenig erfreulichen Angelegenheit. Der andere ist der immer größer werdende Abstand der Verteidigungs- und Angriffsmöglichkeiten von Supermächten und ihren Verbündeten oder Gegnern, die nicht mit A- bzw. H-Bomben bestückte Satelliten in den Weltraum schicken können. Zu Ende gedacht bedeutet dies alles, daß die in den vergangenen 15 Jahren entwickelten Verteidigungskonzeptionen eigentlich schon ad absurdum geführt worden sind - wenigstens auf dem Reißbrett. Wer kann noch die diese Eskalation aufhalten ? - Nur noch die Vernunft.

+ + +

- 4 -

Eskalation der Unruhe in Spanien

Arbeiter und Studenten in einer Front

Von H. Deml, Madrid

Nach der sommerlichen Ruhepause, die in Spanien jede Tätigkeit lähmt, begann trotz vorbeugender Polizeimaßnahmen eine Eskalation von Straßendemonstrationen der Arbeiter und Studenten, die erstmals im Januar dieses Jahres gemeinsame Sache machten und lautstark ihre Forderungen an die Staatsspitze anmeldeten. Mit vereinzelt Studentendemonstrationen begann es; der Vorwand war das US-Engagement in Vietnam; in Wirklichkeit wollte man für einen unabhängigen Studentenverband die Trommel rühren. Der Rektor der Madrider Universität, der sonst in öffentlichen Reden gegen die "Unruhestifter" an den Universitäten wettet, erreichte bei den Unruhen den freien Abzug für 200 revoltierende Studenten und den Rückzug der starken Polizeikräfte.

Die verbotenen, überwachten und dennoch aktiven "Arbeitskommissionen" hatten für den 27. Oktober einen Generalstreik geplant, gaben sich dann doch mit Bummelstreiks und öffentlichen Kundgebungen zufrieden. Der 27. Oktober brachte für sie einen Teilerfolg, der wegen der umfangreichen polizeilichen Vorbereitungen nicht weiter ausreifen konnte. Die Unruhen waren damit nicht gestoppt. Im Gegensatz zu den Demonstrationen des 27. Januar war diesmal auch die Provinz, vor allem die Industriegebiete Nordspaniens und auch Sevilla, von den Zwischenfällen betroffen. Zum Monatsende Oktober wurden bereits 1.000 Festgenommene gezählt.

Die Falange verurteilte diese Kundgebungen, ausgelöst von der Preiswelle und den niedrigen Löhnen sowie dem Fehlen freier Gewerkschaften, als "kommunistische Subversion". Als die dem "Opus Dei" nahestehende Zeitung "Madrid" mit Beispielen aus dem Westen auf die Versammlungsfreiheit und demokratischen Errungenschaften dieser Länder hingewiesen und zwischen den Zeilen gleiche Bedingungen auch für Spanien verlangt hatte, forderte das Falange-Zentralorgan "Arriba" kategorisch eine Klarstellung, ob damit etwa die gegenwärtigen Verhältnisse in Spanien angeprangert werden wollten. Die monarchistische "AEC" verurteilte zwar die Unruhen, forderte aber auch die Regierung auf, die Forderungen der Arbeiter nach sozialer Gerechtigkeit zu erfüllen.

Die Verhaftungsstatistik allein bewies, daß die Behauptungen vom "kommunistischen Umsturzversuch" nicht ernst genommen werden können. Von 13 schon vor den Zwischenfällen verhafteten Führungsmitgliedern der "Arbeiterkommissionen" stellte sich nur einer, Julian Ariza-Rico, als Kommunist heraus. Seine mitangeklagten Kolleginnen und Kollegen bieten eine bunte Palette oppositioneller Meinungen, von der katholischen Linken über Christdemokraten bis zu Sozialdemokraten. Wenigstens sieben Priester wurden ebenfalls festgesetzt, weil sie die Arbeiter unterstützt hatten. - Geht man den Ursachen der politischen Unruhe nach, so wird offenkundig, daß die beständigen Verschlechterungen der Lebensbedingungen trotz Bestehens einer offiziellen Staatsgewerkschaft die spanischen Massen radikalisieren. Vor allem viele junge Menschen beteiligen sich an den Protestaktionen. In einem Land mit dem sozialen Gefälle Spaniens kann die Eskalation der Unruhe nicht ausbleiben, solange sich nicht die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung entscheidend bessern. Dabei stellte sich heraus, daß die Staatsgewerkschaft von einer nicht unbeträchtlichen Zahl ihrer Zwangsmitglieder als unfähig und arbeiterfeindlich abgelehnt wird.